Veränderung ist möglich. Es ist Dein Bielefeld.

Kommunalwahlprogramm der AfD Bielefeld 2020

AfD
KREISVERBAND BIELEFELD

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Kommunalwahlen 2020 in Nordrhein-Westfalen stehen im Zeichen eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels.

Noch nie haben so große Teile der einheimischen Bevölkerung ihren unmittelbaren Lebensraum, ihre Heimat, als so unsicher empfunden wie heute. Unser Land erscheint wie ein freigegebenes Territorium, auf dem sich umtun kann, wer will – und oftmals, wie er will. Viele Deutsche empfinden sich daher heute als Fremde im eigenen Land.

Dieser Verlust an Souveränität wird im tiefsten Inneren als Verletzung erlebt. Denn die Kontrolle über das eigene Territorium ist ein Grundbedürfnis des Menschen.

Die Eliten in Berlin und Brüssel dagegen erklären uns all das als unvermeidlichen Preis der Globalisierung, von der wir angeblich so enorm profitieren. Doch das stimmt nicht. Die Globalisierungsgewinne sind in Wahrheit höchst ungleich verteilt. Und der Verlust von Heimat und Geborgenheit ist nichts, was durch materielle Gewinne ausgeglichen werden kann. Die Alternative für Deutschland (AfD) ist nicht bereit, diesen Zustand hin-zunehmen. Es gibt ein Recht auf Selbstbehauptung!

Bei der Kommunalwahl 2020 wird die AfD erstmals in nahezu sämtliche Kreistage, Stadt- und Gemeinderäte Nordrhein-Westfalens einziehen – so auch in Bielefeld. Sie wird dort, wie sie es im Bundestag und in den Landesparlamenten bereits mit Erfolg tut, ihre Stimme erheben, die Probleme beim Namen nennen und die Rechtsstaatlichkeit verteidigen.

Aus den Grundsatzpositionen der AfD leitet sich auch das kommunalpolitische Programm unserer Partei ab. Auf den folgenden Seiten finden Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Forderungen, die wir dabei erheben: Wir stehen für Sicherheit und Ordnung, ebenso wie wir uns als solidarisch-patriotische Kraft für die soziale Sicherheit der Bielefelder Bürger einsetzen. Auch der Erhalt und der Schutz von Natur und Umwelt sind uns als Konservativen seit jeher ein Kernanliegen. Als solche streben wir zu-dem ein familienfreundlicheres Bielefeld an – eine Stadt, in der man gerne lebt und die Familien willkommen heißt.

So wie die Familie die Keimzelle der Gesellschaft ist, sind die Städte und Gemeinden die Keimzellen des Staates. In ihnen – hier vor Ort – wachsen die jungen Menschen heran, die künftig die Geschicke unseres Landes leiten werden. Es ist unendlich wichtig, dass ihr Lebensraum, dass das Leben in den Städten und Gemeinden wieder von Sicherheit, Ordnung und Stabilität geprägt ist! Angst und Unterwerfung sind hingegen schlechte Ratgeber. Die Politiker der AfD beweisen tagtäglich, dass sie keine Angst haben und sich nicht unterwerfen. Allen Anfeindungen und Bedrohungen zum Trotz treten sie selbstbewusst, selbstkritisch und klar in der Sache für ein starkes und partnerschaftsfähiges Deutschland ein.

Überzeugen Sie sich selbst! Kommen Sie zu unseren Veranstaltungen, sprechen Sie mit uns und teilen Sie uns Ihre Sorgen mit. Die AfD nimmt die Bürger ernst und gibt ihnen eine Stimme.

Ihr AfD-Kreisverband Bielefeld

1 Migration und Gesellschaft

Die Gesellschafts- und Migrationspolitik ist eine jener politischen „Baustellen", auf denen die AfD als konservative Kraft am dringendsten gebraucht wird. Dies gilt nicht nur für unser Land als Ganzes, sondern gerade auch für Bielefeld, wo offene und latente linke Mehrheiten seit Jahren durch Inkonsequenz gegenüber Integrationsproblemen auffallen und teils gezielt daran arbeiten, Bielefeld zur „Zuwanderungsstadt" zu transformieren, insbesondere seit der rechtswidrigen Grenzöffnung durch Bundeskanzlerin Merkel im Jahre 2015. Dem stellen wir uns auch hier vor Ort entschieden entgegen: Aus unserer Sicht sind die Aufnahmekapazitäten auch der Bielefelder Stadtgesellschaft erschöpft.

Im Feld der (Asyl-)Migration vertreten wir daher folgende Positionen:

Rückführung statt Duldung – Ausreisepflichtige Asylbewerber müssen ausreisen oder abgeschoben werden **1.1**

Wir wollen keine Einwanderung durch die Hintertür der Duldung und keine nachträgliche Legalisierung von illegaler Einreise. Eine missbräuchliche Kettenduldung, an deren Ende eine Aufenthaltserlaubnis steht, lehnen wir ab. Das Aufenthaltsgesetz muss konsequent angewendet werden. Vollziehbar Ausreisepflichtige müssen zurückgeführt werden.

Wir stehen daher für konsequente Abschiebung und generalpräventive Ausweisung sowohl dort, wo es rechtlich geboten ist, als auch dort, wo ein individueller Ermessensspielraum vorliegt, insbesondere natürlich bei kriminellen Ausländern. Wir werden konsequent vermeintliche, seitens der Verwaltung gerne postulierte Abschiebungshindernisse hinterfragen und fehlenden Rechtsdurchsetzungswillen politisch thematisieren und bekämpfen.

Wir fordern die umfassende Überwachung von ausreisepflichtigen, aber sich noch in unserer Kommune aufhaltenden Ausländern. In diesem Fall geht die Sicherheit ganz klar vor.

1.2 Abbau der überbordenden Sozialindustrie

Die in den letzten Jahren immer weiter angewachsene Sozialindustrie, die gezielt versucht, Abschiebungshindernisse zu konstruieren und zu legitimieren, da sie von der Asylmigration selbst finanziell profitiert, muss endlich wieder auf ein gesundes Maß zurückgefahren werden. Die sozialen Sicherungssysteme in unserem Land und in unserer Stadt haben primär den deutschen Staatsbürgern zu dienen.

1.3 Keine Integrationswunschträume bei Asylmigration

Wir wollen auch jene, die in unserer Stadt rechtmäßig Asyl genießen, bewusst nicht dauerhaft „integrieren", da Asyl ein zeitlich befristeter Status ist, der zu enden hat, wenn der Asylgrund erlischt. Wo „integriert" wird, da geschieht das hingegen mit der Perspektive der Dauerhaftigkeit. Diese liegt hier nicht vor und darf hier auch nicht vorliegen.

1.4 Die Bürger dürfen nicht übergangen werden

In einer demokratischen Stadtgesellschaft sollten die Bürger über die Ausgestaltung ihres Wohnviertels ein Wörtchen mitzureden haben. Das gilt insbesondere bei potenziellen, tiefgreifenden sozialstrukturellen Veränderungen. Die Unterbringung von Asylmigranten in ausschließlichen Wohnsiedlungen und gegen den Willen von Anwohnern lehnen wir daher grundsätzlich ab.

1.5 Leistungen für Asylbewerber sinnvoll gestalten

Das Asylgesetz sieht vor, dass Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen möglichst ausschließlich Sachleistungen erhalten. Diese Regelung sollte auch bei der Unterbringung in den Kommunen angewandt werden. Es besteht ansonsten die Gefahr, dass von der Zahlung hoher Geldleistungen Fehlanreize zur missbräuchlichen Nutzung des Asylrechts ausgehen.

1.6 Integrationsrat durch Integrationsausschuss ersetzen

Integration ist eine Bringschuld und muss zu den Bedingungen der Mehrheitsgesellschaft stattfinden. Der Integrationsrat wird überwiegend mit Einwanderern besetzt. Deutsche dürfen weder wählen noch gewählt werden. Die AfD sieht daher keinen Nutzen in der Tätigkeit des Integrationsrates in der jetzigen Form und strebt dessen Abschaffung an.

Keine Gesundheitskarten für Asylbewerber **1.7**

Gesundheitskarten für Asylbewerber bringen keine Entlastung für die Verwaltung, sondern erhöhen lediglich die Kosten für die medizinische Versorgung von Asylbewerbern. Deshalb muss grundsätzlich wieder das Behandlungsbewilligungsverfahren gelten. Eine weitere finanzielle Belastung der Kommunen zum Vorteil der Asylbewerber und zum Nachteil der Steuerzahler muss unterbunden werden.

Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Migration und breiteren gesellschaftspolitischen Fragen, so vor allem bei dem Umgang mit Religionen. Auch dazu haben wir klare Standpunkte:

Den Bau von Minaretten lehnen wir grundsätzlich ab **1.8**

Jede Gesellschaft und eben auch jede Kommune hat ein Recht, ihre eigene kulturelle Identität zu bewahren und davor zu schützen, infolge migrationsbasierter und auch demografischer Veränderungen immer weiter zurückgedrängt zu werden. Dies manifestiert sich auch im Stadtbild, welches Minarette allzu nachhaltig verändern. Doch für uns ist klar: Der Islam gehört nicht zu Deutschland.

Keine Ganzkörperverhüllung in öffentlichen Gebäuden und im ÖPNV **1.9**

Es gibt im öffentlichen Miteinander der abendländischen Kultur ein Recht darauf, seine Mitmenschen als solche wahrnehmen zu können. Nur so ist eine freie Gesellschaft, von der die Altparteien dauernd reden, die sie aber letztlich mit Füßen treten, gewährleistet. Religiös begründete Ganzkörperverhüllung in öffentlichen Gebäuden und im öffentlichen Nahverkehr lehnen wir daher strikt ab.

Die Stadt muss weltanschauliche Neutralität gewährleisten **1.10**

Es darf keine Zusammenarbeit von Vertretern der Stadt mit islamistischen und extremistischen Kräften im Rahmen von Demonstrationen oder anderen politischen Veranstaltungen geben. Dieser Kernforderung, die eigentlich für alle (wirklich) demokratischen Kräfte eine Selbstverständlichkeit sein sollte, gilt es endlich wieder zur Umsetzung zu verhelfen.

2 Sicherheit und Ordnung

Eine lebenswerte Kommune zeichnet sich zu allererst dadurch aus, dass ihre Bürger in ihr sicher leben können. Doch auch in diesem Bereich hat der Staat in den letzten Jahren mehr und mehr versagt: Besonders in Großstädten nehmen soziale Brennpunkte und „Problemviertel" immer mehr zu. Auch Bielefeld bildet hier leider keine Ausnahme. Trotz statistischer Schönrechnerei, die auch durch die zahlreichen ländlichen Vororte unserer Stadt zustande kommt, die die Kriminalität etwa in der Innenstadt statistisch wieder „abfedern", gibt es auch in Bielefeld Orte, an denen man sich als Bürger nicht sicher fühlen kann.

Wir fordern daher:

Mehr Polizeipräsenz, insbesondere an sozialen Brennpunkten **2.1**

Polizeiverwaltung ist zwar Landessache, aber auch die Kommunen haben über Polizeibeiräte und andere Kooperationen Einfluss auf polizeiliche Fragen. Hier wollen wir maßgeblich auf mehr Polizeipräsenz und auch auf mehr Präsenz des Ordnungsamtes an problematischen Orten wie etwa dem Jahnplatz, dem Hauptbahnhof, dem Neuen Bahnhofsviertel, der „Tüte" oder dem Kesselbrink hinwirken. Recht und Ordnung müssen konsequent durchgesetzt werden. Null Toleranz für Kriminalität – weder für Gewalt- und Eigentums- noch für Drogendelikte!

Städtebauliche Kriminalprävention und soziale Kontrolle ausbauen **2.2**

Der Aspekt der sozialen Kontrolle darf nicht vernachlässigt werden: Viele Orte werden schon sicherer, wenn sie besser einsehbar sind, heller und stärker frequentiert durch aufmerksame Passanten. In der Stadtentwicklungspolitik ist daher darauf zu achten, öffentliche Orte gut einsehbar und nachts gut beleuchtet zu halten.

Sicherheitskräfte im ÖPNV verstärken **2.3**

Bereits jetzt kommen im öffentlichen Nahverkehr in Bielefeld private Sicherheitsdienste zum Einsatz. Deren Personal sollte zahlenmäßig weiter verstärkt werden, insbesondere abends/nachts und am Wochenende, in Bussen, Bahnen und an gefährdeten Haltestellen.

2.4 Pragmatischer und direktdemokratischer Umgang mit Videoüberwachung

Insbesondere an Kriminalitätsschwerpunkten und an Orten, die nicht 24 Stunden am Tag von Sicherheitspersonal oder Polizei geschützt werden können – wie etwa U-Bahn-Haltestellen, Fahrstühle etc. – ist Videoüberwachung eine gebotene Maßnahme. Gleichwohl gibt es gegen Videoüberwachungsmaßnahmen an öffentlichen Orten und Plätzen (Parks etc.) immer wieder datenschutzbedingte Bedenken.

Wir setzen uns daher für basisdemokratische Entscheidungen zu dieser Frage ein: Die Bürger vor Ort sollen – etwa im Rahmen von Bürgerbefragungen und Bürgerforen – selbst darüber entscheiden und bewerten, ob sie Maßnahmen der Videoüberwachung an den betreffenden öffentlichen Orten für geboten halten oder nicht.

2.5 Kein falsches Sparen bei der Prävention

Auch die Prävention darf bei sicherheitspolitischen Erwägungen nicht zu kurz kommen. Falsche Sparpolitik etwa bei der Drogenberatung, der Familienberatung, der sozialen Stadtteilarbeit und ähnlichen wichtigen präventiven Instrumenten lehnen wir ab. Die sozialen Strukturen der Stadt müssen erhalten werden, wenn die Kriminalität nicht zunehmen soll. Die Arbeit der Drogenberatung ist jedoch stets dem Credo „Weg von den Drogen!“ unterzuordnen. Wir wollen keine städtische Förderung des Status Quo!

2.6 Für ein Alkoholverbot an der „Tüte“

Zwar werden durch Drogenszenen auch weitaus härtere, illegale Drogen konsumiert, allerdings vermag ein Alkoholverbot an entsprechenden Punkten, wie etwa der „Tüte“ (U-Bahn-Zugang Hauptbahnhof), durchaus indirekte Verschiebeeffekte zu erzeugen. Zugleich lässt sich dadurch Pöbeleien und anderen alkoholbedingten Devianz-Situationen mittelbar entgegenwirken. Aber: Es muss dann auch konsequent Anwendung finden und durchgesetzt werden!

Konsequent gegen illegales Sprayen 2.7

Illegales Sprayen und Graffiti wird von linken Kräften gerne als Ausdruck jugendlich-rebellischer Kreativität verharmlost. Tatsächlich jedoch ist es nichts anderes als Sachbeschädigung, die teils hohe Reinigungskosten nach sich zieht. Wir setzen uns daher für ein konsequentes Vorgehen gegen illegale Sprayer ein.

Mehr Schutz für öffentlich Bedienstete 2.8

Der Respekt gegenüber Staatsdienern und die Hemmschwelle für Angriffe gegen diesen Personenkreis sind in den letzten Jahren stark gesunken. Beschäftigte von kommunalen Ämtern und Behörden, Mitglieder der Feuerwehren und Rettungsdienste und alle anderen Personen, die ihren Dienst für die Allgemeinheit versehen, müssen vor Angriffen deutlich besser geschützt werden. Die AfD fordert zudem eine strenge Bestrafung der Täter.

Wir wollen ein sauberes Bielefeld 2.9

Zu einem ansprechenden Stadtbild und zu einer Kommune, in der man gern lebt, gehört auch Sauberkeit. Bielefelds Bezirke und Viertel dürfen nicht zu verdreckten und zugemüllten Zonen verkommen. Wir wollen darauf hinwirken, dass die Stadtverwaltung dieses Ziel engagierter verfolgt.

3 Soziales, Familie und Gesundheit

Wir wollen die von der Kommune bereitgestellten sozialen Netze bewahren – auch in Zeiten knapper Kassen. Finanzielle Krisen dürfen nicht zu Lasten der sozial Schwächeren gehen. Aber: Auch die kommunalen sozialen Netze dienen nicht der Weltbeglückung, sondern den Bielefeldern. Deutsche Staatsbürgerschaft ist nicht umsonst ein wertvolles Privileg.

Zugleich muss Bielefeld familien- und kinderfreundlicher werden. Es ist eine der zentralsten politischen Aufgaben, auch in Zukunft die Existenz des eigenen Volkes sicherzustellen – nicht nur, aber auch aus demografischen Gründen. Dies gilt ausdrücklich auch auf kommunaler Ebene. Die Kommune sollte Deutschen, die Kinder bekommen, nicht noch Steine in den Weg legen, sondern ihr Bestes tun, um hierfür Anreize zu schaffen.

Unsere sozial-, familien- und gesundheitspolitischen Positionen für die Kommune:

Gesellschaftliche Teilhabe von Senioren **3.1**

Wir wollen die gesellschaftliche Teilhabe der Senioren gewährleisten und Altersarmut und deren Auswirkungen auch kommunal bekämpfen. Wir möchten – z. B. über entsprechende kommunale Leistungsverträge mit Wohlfahrtsverbänden – das Aktivitäten-Angebot für Senioren fördern, ebenso wie entsprechende Vereinsaktivitäten.

Wir wollen außerdem die Mobilität von Senioren stärken und treten für ein vergünstigtes Seniorenticket für den ÖPNV ein. Senioren im Alter von über 65 Jahren sollten diesen umsonst nutzen dürfen.

Mit altersgerechten Wohnkonzepten den Pflegenotstand lindern **3.2**

In wenigen Jahren schlägt die demografische Falle doppelt zu. Immer mehr pflegebedürftigen Menschen stehen immer weniger ausgebildete Pfleger gegenüber. Die AfD fordert deshalb, das Konzept der häuslichen Pflege zu stärken und neue Wohnmodelle für ältere Bürger zu fördern. Es sind ausreichend altersgerechte Wohnmöglichkeiten zu schaffen. Nichtgewinnorientierte, ambulante Pflegedienste sind auszubauen. Menschenwürdige Bedingungen in Alters- und Pflegeheimen sowie in Hospizen sind auch von kommunaler Seite aus zu gewährleisten.

3.3 Gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Die explizit nicht-schulische, architektonische Inklusion sehen wir positiv. Wir wollen in unserer Stadt darauf hinwirken, dass behinderten Menschen keine vermeidbaren Barrieren in den Weg gelegt werden und sie ihr Leben soweit es geht selbst gestalten können.

Wir erwarten die vollumfängliche Beteiligung des Behindertenbeirates an der Stadtgestaltung, um bauliche Barrierefreiheit sicherzustellen. Barrierefreie Zugänge zum öffentlichen Nahverkehr sind weiterhin auszubauen.

Wir wollen außerdem Selbsthilfegruppen fördern, denn diese stellen wichtige soziale Instanzen zur persönlichen Bewältigung gesundheitlicher Herausforderungen dar.

3.4 Gesellschaftliche Teilhabe der sozial Schwachen

Die Belange sozial schlechter gestellter Menschen dürfen auch in Zeiten knapper Kassen nicht zu kurz kommen. Wir möchten daher präventive Hilfsangebote wie Drogen- und auch Schuldenberatung erhalten – diese dürfen keiner falschen Sparpolitik zum Opfer fallen. Wir wollen die Mobilität sozial Schwacher im Rahmen des ÖPNV gewährleisten und befürworten das Sozialticket.

3.5 Primat der Staatsbürgerschaft auch an der Bielefelder Tafel

Angebote wie die Bielefelder Tafel sind zu fördern. Aber auch hier gilt: Die Tafeln dienen explizit der Unterstützung sozial schwacher deutscher Staatsbürger – und dürfen nicht von oben zu einem Instrumentarium der gescheiterten Asylmigrationspolitik umfunktioniert werden.

3.6 Bezahlbarer Wohnraum für alle Bürger

Wir wollen die Wohnungsnot bekämpfen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Bürger mit kleinem Einkommen Warmmieten in Höhe von 30% und mehr ihres Nettoeinkommens zu entrichten haben. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass der soziale Wohnungsbau stärker gefördert wird, bevorzugen hierbei die Förderung von Genossenschaften und wollen damit die Beteiligungsmöglichkeiten aller Bürger ausbauen. Zugleich gilt es, die Benachteiligung von Deutschen am Wohnungsmarkt zu beenden: Der soziale Wohnungsbau darf nicht zur Unterbringung von Asylmigranten missbraucht werden – deutsche Staatsbürger haben Vorrang.

Multigenerationenhäuser für mehr Gemeinschaft zwischen Jung und Alt 3.7

Die AfD setzt sich zum Ziel, durch bezahlbaren Wohnraum junge Familien, Studenten und Senioren näher zusammenzubringen. Dies wirkt der Einsamkeit im Alter entgegen und lässt rüstigen Menschen durch Betreuung von Kindern und Hilfe bei Hausaufgaben sich weiterhin als wertvolle Mitglieder der Gemeinschaft begreifen. Ein weiterer Aspekt ist die Förderung von Respekt vor älteren Menschen und ihrer Lebensleistung, die jungen Menschen mit auf den Weg gegeben wird.

Die Familie ist die primäre Sozialisationsinstanz und soll es auch bleiben 3.8

Kindererziehung ist – grundgesetzlich verbrieft – Sache der Familie. Die U3-Betreuung sehen wir grundsätzlich kritisch; eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss aber möglich sein. Hier muss die Kinderbetreuung ansetzen und gegebenenfalls ausgebaut werden.

Für diese insgesamt gilt: Einrichtungen der Kinderbetreuungen verstehen wir als eben solche – als Einrichtungen der Betreuung, nicht der Bildung. Indoktrination im Kindergarten lehnen wir strikt ab – der Beutelsbacher Konsens, der für Schulen Gültigkeit hat und mit dem diese sich zur Neutralität verpflichtet haben, muss auch für die Kinderbetreuung gelten!

3.9 Flexible Ganztagsbetreuung

Für Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen möchten und können, müssen Kitaplätze mit geringen Betreuungszeiten von 15-20 Wochenstunden sowie auch Halbtagsschulen und offene Ganztagsschulen angeboten werden. Eine von der Kommune oder der Trägerschaft auferlegte Verpflichtung, Kinder nicht vor bestimmten Uhrzeiten aus einer Betreuungseinrichtung abholen zu können, lehnen wir ab. Moderne Arbeitszeitmodelle erfordern ebenfalls zunehmend flexible Abholzeiten.

3.10 Freie Fahrt für Kinder im öffentlichen Nahverkehr

Die AfD will Kinder in den Bereichen Kunst, Kultur und Sport fördern sowie deren Teilnahme am gesellschaftlichen Miteinander sichern. Familien stehen oft vor großen logistischen und finanziellen Problemen. Wir fordern daher, Kinder im Alter von bis zu 12 Jahren von den Fahrtkosten im öffentlichen Nahverkehr freizustellen.

3.11 Kinderarmut, jugendliche Perspektivlosigkeit und ihre Folgen wirksam bekämpfen

Wir wollen im Rahmen kommunalpolitischer Möglichkeiten Kinderarmut und deren Auswirkungen bekämpfen und allen Kindern und Jugendlichen ein glückliches Aufwachsen mit guten Zukunftsperspektiven in unserer Stadt ermöglichen.

Konkret manifestiert sich dies u. a. in der Erhaltung von Freizeit- und Jugendzentren auch in Zeiten knapper Kassen, in der Stärkung von Vereinen, die wichtige Kinder- und Jugendarbeit betreiben, und in der Bewahrung und dem Ausbau der Schulsozialarbeit und schulpsychologischer Dienste sowie von Erziehungs- und Familienberatungsstellen. Gleichwohl gilt im letzteren Falle stets: Deren Arbeit muss der Zielsetzung „Hilfe zur Selbsthilfe“ folgen – und institutionelle Abhängigkeitsverhältnisse und „sozialindustriellen Wildwuchs“ wie im Bereich der Asylmigration vermeiden.

Bessere Arbeitsbedingungen und leistungsgerechte Entlohnung für Pflege- und Krankenhauspersonal **3.12**

Die AfD fordert, kommunale Kliniken zu einem Vorbild für die Wertschätzung der patientennahen Arbeit zu machen. Mit Konzepten für verbindliche Besetzungsschlüssel, fairen Löhnen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen die Kommunen bei den kommunalen Krankenhäusern ein Zeichen für eine moderne Gesundheitsvorsorge setzen.

Aus der Corona-Krise lernen

3.13 Die Corona-Krise hat uns in diesem Jahr eindringlich vor Augen geführt, wie wichtig ein Gesundheitssystem ist, das für Epidemie- oder gar Pandemie-Fälle gut gerüstet ist. Auch die Kommune muss hier für ihre Kliniken und darüber hinaus vorsorgen: Desinfektionsmittel, Schutzkleidung und Atemschutzmasken, Beatmungsgeräte und Intensivstationen müssen in ausreichendem Maße – also: auch deutlich über den normalen Regelbedarf hinaus – zur Verfügung stehen, um die Bürger unserer Stadt auch im Krisenfall gut versorgen zu können. Wir müssen für den Ernstfall vorbereitet sein.

4 Arbeit, Wirtschaft und Finanzen

Auch eine Kommune kann und muss ihren Anteil dazu beitragen, so viele ihrer Bürger wie möglich in Arbeit zu bringen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass dies reibungslos erfolgen kann. Wir wollen dabei insbesondere Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit in Bielefeld entgegenwirken und – im Rahmen des kommunalpolitisch Möglichen – den arbeitssuchenden Menschen in unserer Stadt wieder eine Perspektive geben. Gute Arbeit ist eine zentrale Grundlage für die Zufriedenheit und die soziale Einbettung des Menschen. Dabei darf auch die Stadt ihr Engagement für gute Arbeitsbedingungen nicht vernachlässigen.

Ebenso wichtig für einen gesunden Arbeitsmarkt ist dabei aber auch eine gute Wirtschaftslage der Stadt. Eine verantwortliche Kommunalpolitik muss stets auf eine solche hinwirken – gerade auch hinsichtlich ihrer Haushalts- und ihrer Steuerpolitik. Mit Blick auf die in den letzten Jahren weiter angewachsene Abgabenlast setzen wir uns für eine stärkere Entlastung der Bürger ein.

Im Folgenden lesen Sie unsere arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen sowie unsere haushalts- und finanzpolitischen Forderungen:

Arbeitsvermittlung sollte alleinige Bundessache sein **4.1**

Arbeitsvermittlung sollte aus unserer Sicht langfristig alleinige Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit werden, da es sich um ein überregional wirkendes Problemfeld handelt. Die Teildelegierung auf kommunale Jobcenter sorgt für unnötige Bürokratisierung und mit-unter zu einer Überlastung der Kommunen. Bis dieses Fernziel erreicht ist, wollen wir – als Nahziel – im Rahmen der Arbeitsvermittlung eine bessere Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Bund und Kommune sicherstellen.

Arbeitsvermittlung muss auf Augenhöhe erfolgen **4.2**

In diesem Rahmen treten wir für eine Arbeitsvermittlung ein, die die Würde des Menschen respektiert: Arbeitssuchende sollten im Umgang mit kommunalen und staatlichen Behörden nicht wie kleine Bittsteller behandelt werden, sondern als Mitbürger auf Augenhöhe. Hierauf gilt es politisch hinzuwirken.

4.3 Weiterbildungseinrichtungen fördern, aber ohne Zweckentfremdung

Die Kommunen sind aus unserer Sicht auch in Zukunft noch dort gefragt, wo spezielle lokale Einrichtungen Menschen in Form von (Weiter-) Bildung und Beschäftigung für den Arbeitsmarkt fit machen. Diese sind von der Kommune – unter der Bedingung einer jährlichen Evaluation in Hinsicht auf die Ergebnisse – zu fördern. Hierbei darf es jedoch keine Zweckentfremdung von Fördergeldern geben: Es gilt der Grundsatz der Zweckgebundenheit an bestimmte Projekte.

4.4 Niedriglohnsektor zurückfahren, zum bewährten alten Arbeitsversicherungssystem zurückkehren

Die Kommune muss im Rahmen ihrer Möglichkeiten für ein Zurückfahren des Niedriglohnsektors eintreten, der auch in Bielefeld ein Problem darstellt. Zugleich erwarten wir von der Kommune, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten im Städtetag dafür einzusetzen, zum bewährten System von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe zurückzukehren. Infolge der Erreichung dieses Fernziels können aus unserer Sicht Arbeitslosenhilfe-Empfänger auch für zumutbare Arbeiten für das kommunale Gemeinwesen herangezogen werden.

4.5 Wirtschaftsförderung durch gute Infrastruktur und Freiräume für Entwicklung

Mittelständische Unternehmen sind das Herz unserer Wirtschaft. Sie brauchen Freiräume für Entwicklung und Veränderung. Dazu gehören auch attraktive Rahmenbedingungen in den Kommunen. Gute Verkehrsanbindungen, leistungsfähige Internetzugänge sowie eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung sind wichtige Standortfaktoren. Wir treten ferner für den Ausbau von Gewerbeflächen ein, sofern diesem im jeweiligen Fall keine sozialen oder ökologischen Erwägungen entgegenstehen.

4.6 Verantwortungsvolle Kommunalwirtschaft und fairer Wettbewerb

Die wirtschaftliche Betätigung der Kommune ist auf den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zu begrenzen und darf in keinem unlauteren Wettbewerb zu privatwirtschaftlichen Angeboten stehen.

Tourismus als Wirtschaftsfaktor fördern **4.7**

Ein attraktives Tourismusangebot ist für unsere Region wichtig. Durch Synergien mit anderen Wirtschaftszweigen entsteht eine nicht zu unterschätzende Wertschöpfung. Wir wollen die touristische Infrastruktur ausbauen. Dazu gehören auch Radwege und der ÖPNV sowie spezifische Tourismusangebote. Vorhandene Kulturgüter, markante Architektur, Landschaft und Natur, Attraktionen im Bereich der Freizeit, Sport, Bildung und Wissenschaft müssen in ein Tourismuskonzept einbezogen werden.

Sparkassen und Volksbanken vor der Regelungswut der EZB schützen **4.8**

Die Europäische Zentralbank (EZB) wendet ihre Regelungen für international agierende Kreditinstitute auch auf regional tätige Banken an, die eine ganz andere, einfach gelagerte Risikostruktur haben. Dies ist nicht gerechtfertigt, sondern verursacht nur überflüssigen Aufwand und Kosten für diese Institute. Die AfD will die regional tätigen Geldinstitute vor der europäischen Regelungswut schützen.

Sicherstellung der lokalen Bargeldversorgung **4.9**

Zahlreiche kommunale Sparkassen reduzieren die Anzahl ihrer Geschäftsstellen immer weiter. Der dadurch voranschreitenden Bargeldabschaffung treten wir entschieden entgegen. Die kommunalen Geldinstitute müssen verpflichtet werden, eine flächendeckende Versorgung mit Bankdienstleistungen und Bargeld beizubehalten.

Keine Privatisierung städtischer Betriebe **4.10**

Wir wenden uns gegen jede Privatisierung städtischer Betriebe und begrüßen ausdrücklich die Rekommunalisierung der Bielefelder Stadtwerke. Deren Tätigkeitsfelder der öffentlichen Daseinsvorsorge zählen für uns zu den Schlüsselaufgaben der Kommune. Die Stadtwerke und ihre Tochterunternehmen sollen auch künftig im Besitz des Bürgers bleiben. Das bedeutet allerdings auch: Wir wenden uns gegen exorbitante Gehälter für Geschäftsführer städtischer Betriebe. Diese sind nicht der Ort für die finanzielle Versorgung aktueller oder ehemaliger Bielefelder Kommunalpolitiker.

4.11 Keine riskanten Finanzierungsmodelle

Die AfD lehnt Sale-and-Lease Back und ähnliche Finanzierungsmodelle grundsätzlich ab. Bei diesen wird kommunales Vermögen an einen Vertragspartner verkauft und von diesem zurück geleast. Auf Seiten der Käufer entstehen dabei regelmäßig Gewinne, während die Kommunen auf lange Sicht gesehen enorme Kosten tragen müssen. Wir sind dagegen, dass folgende Generationen durch eine Verschleierung und zeitliche Verschiebung von Lücken im kommunalen Haushalt belastet werden.

4.12 Kommunale Finanzpolitik mit Weitsicht, Bescheidenheit und Vernunft.

Der kommunale Haushalt soll ausgeglichen sowie von Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit geprägt sein. Die AfD wird dafür eintreten, dass Investitionsentscheidungen zum Nutzen aller Bürger und unter der Berücksichtigung der Folgekosten getroffen werden. Wir stehen für eine verantwortungsbewusste Haushalts- und eine gerechte Steuerpolitik.

4.13 Gewerbe- und Grundsteuern senken

Unter der Voraussetzung, dass die Haushaltslage der Stadt es zulässt, treten wir für Senkungen der Gewerbe- und der Grundsteuern ein, um Bürger und Unternehmen zu entlasten.

4.14 Hundesteuer sozial gestalten

Gerade in einer älter (und in Städten mitunter anonymer) werdenden Gesellschaft erfüllen Hunde eine wichtige soziale Funktion gegen Vereinsamung. Wir fordern daher die Steuerfreistellung des jeweils ersten Hundes von der Hundesteuer.

4.15 Kommunen von den Kosten der Asylmigration entlasten

Kommunen dürfen vom Bund oder vom Land nicht mit Aufgaben belastet werden, ohne dass das Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, zahlt"), gegen das u. a. im Rahmen der sogenannten Flüchtlingspolitik massiv verstoßen wurde, gewahrt bleibt. Seit der Migrationswelle des Jahres 2015 und den dadurch auf die Kommunen entfallenden Folgekosten sind viele Städte und Gemeinden mit der Finanzierung ihrer regelmäßigen Aufgaben erheblich überfordert. Die Zahlungen des Landes für Migrationsleistungen reichen bei weitem nicht zur Kostendeckung aus. Die Kommunen haben die Aufgabe, die Daseinsvorsorge für die Bürger sicherzustellen.

Die Versorgung von Flüchtlingen gehört nicht zu den originären Aufgaben der Kommunen. Die AfD fordert deshalb eine vollständige Übernahme der in den Kommunen entstehenden Kosten der Migration durch Bund und Land.

Für eine aufgabengerechte Finanzordnung aller staatlichen Ebenen **4.16**

Wegen mangelnder finanzieller Leistungsfähigkeit der Kommunen werden wichtige kommunale Infrastrukturprojekte zurzeit über Sonderprogramme des Bundes oder des Landes finanziert. Diese Methodik ist grundsätzlich falsch, denn sie widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip unseres Staates und produziert ständig falsche Investitionsanreize. Die Kommunen sollen sich nach Auffassung der AfD nicht länger in der Rolle eines Bittstellers befinden, sondern im Rahmen einer neuen bundes- und länderweiten Finanzordnung entsprechend ihrer Bedeutung finanziell gestärkt werden.

Abschaffung der unrechtmäßigen kommunalen Amtshilfe zum Eintreiben der Rundfunkgebühren **4.17**

Städte und Gemeinden müssen mit hohem Aufwand die Eintreibung von Rundfunkgebühren durchführen und dafür Personal bereitstellen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist jedoch keine Behörde und kann deshalb keine Amtshilfe beanspruchen. Die Kommunen sind ihren Bürgern verpflichtet und nicht den Rundfunkanstalten. Wir fordern, dass die Kommunen von der Aufgabe der Eintreibung von Rundfunkgebühren entbunden werden.

5 Energie und Umwelt

Zur unverzichtbaren Infrastruktur einer Kommune gehört eine sichere Energieversorgung, die nicht schwankenden Einflüssen wie etwa dem Wetter unterworfen ist. Nur so können Blackouts, die auch für Bielefeld katastrophal wären, vermieden werden.

Zugleich operiert die Energiepolitik stets in einem Spannungsfeld von Energiebedarfssicherung einerseits und ökologischen Erwägungen andererseits. Letztere kommen bei uns nicht zu kurz. Dies gilt nicht nur für energiepolitische Fragen, sondern grundsätzlich: Wir bekennen uns zum Schutz des Wassers und der Gewässer, der Luft und des Waldes sowie zum Lärmschutz als wesentlichen Zielen kommunaler Umweltpolitik.

Unsere Kernforderungen in diesen Feldern lauten:

Kein Ausbau von Windenergieanlagen **5.1**

Strom aus Windenergie ist ein mangelhaftes Produkt, da es keine Versorgungssicherheit aufweist. Das Kernproblem besteht im Fehlen eines Energiespeicherkonzeptes. Die Windkraftanlagen und der Aufbau von Stromautobahnen führen zu neuen Umweltbelastungen, für die es bisher keine Lösungen gibt. Der Ausbau der Windenergie ist für hohe Strompreise verantwortlich. Familien werden dadurch stark belastet. Zudem ist das Recycling der carbonverstärkten Rotorblätter bisher nicht möglich, so dass diese nicht wiederverwertet werden können und daher als Sondermüll anfallen. Mangels eines ausgereiften technischen Konzeptes, auf Grund sozial ungerechter Folgen und – nicht zuletzt – vor dem Hintergrund der Naturschädigung, die durch derartige Anlagen eintritt, lehnt die AfD den weiteren Zubau von Windenergieanlagen ab.

Ressourcen schonen bei energetischen Sanierungen **5.2**

Die Sanierung von öffentlichen Gebäuden mit dem Ziel der Energieeinsparung muss sich an wirtschaftlichen Überlegungen orientieren.

5.3 Fernziel: CO^2-freie Energieformen – und der Weg dahin

Wir wollen die Nutzung CO^2-freier Energieformen (auch durch die Stadtwerke Bielefeld) vorantreiben und setzen uns deswegen für die Förderung der Erforschung dieser ein. Zur Sicherung der Grundlast wollen wir CO^2-arme Kohleenergie fördern und diese nutzen, bis CO^2-freie Formen der Energiegewinnung in ausreichendem Maße gewährleistet sind.

5.4 Regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte fördern und entbürokratisieren.

Immer mehr Menschen wollen bewusst regionale Produkte kaufen. Dabei spielt nicht nur eine kurze Lieferkette, sondern auch die be-wusste Stärkung heimischer Produzenten eine Rolle. Als Heimatpartei begrüßt die AfD diesen Trend ausdrücklich und möchte daher die regionale Vermarktung stärken. Bürokratische Hindernisse für den Betrieb von Hofläden und Wochenmärkten darf es nicht geben.

5.5 Für das Primat des Artenschutzes

Wir wollen heimische Tier- und Pflanzenarten schützen. Es gilt das Primat des Artenschutzes vor der Ausbreitung von industriellem Gewerbe. Industrieansiedlungen sind zu vermeiden, wenn dies zur signifikanten Gefährdung heimischer Flora und Fauna führen würde.

5.6 Förderung nachhaltigen Landbaus

Wir befürworten städtische Fördermaßnahmen für ökologischen Landbau, auch zwecks Reinhaltung des Grundwassers. Ferner gilt: Der Schutz vor Überdüngung muss gewährleistet sein – Gülle-Importe lehnen wir ab.

5.7 Für sauberes Wasser

Wasser ist in vielerlei Hinsicht der Grundstoff des Lebens – und ein unverzichtbares und daher strikt zu schützendes Element des menschlichen Daseins. Wir fordern eine verstärkte Qualitätssicherung unseres Grund-, Trink- und Leitungswassers, gegebenenfalls durch Renaturierung.

Schutz und Erhalt der Fließgewässer **5.8**

Bielefelds Fließgewässer sind als „Adern unserer Kommune" ein wesentlicher Teil unserer Stadt, der erheblich zu ihrer Attraktivität beiträgt. Sie gilt es zu bewahren und zu schützen.

Für effizienten Lärmschutz **5.9**

Lärm kann das psychische und physische Wohl von Menschen erheblich beeinträchtigen. Überflüssige Lärmquellen sind im Rahmen der Stadtentwicklungspolitik daher in jedem Fall zu vermeiden. Wir fordern verstärkten Lärmschutz an Autobahnen, Straßen (wie etwa dem OWD) und Bahnstrecken. Entsprechende Bürgerbegehren unterstützen wir.

Ökologisches Lernen fördern **5.10**

Wir wollen den Schulbauernhof Ummeln und die Waldjugendspiele fördern und letztere weiter professionalisieren. Der Tierpark Older-dissen als wesentliche Institution unserer Stadt soll naturnah erhalten bleiben und auch als Ort ökologischen Lernens gefördert und gepflegt werden.

5.11 Klimaschutz ökologisch und lokalpatriotisch gestalten – und mit gutem Beispiel vorangehen

Der Oberbürgermeister und die Mandatsträger, die sich für den Klimaschutz positionieren, sollten ihr Auto abschaffen und stattdessen im Amt und auch privat mit öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Fahrrad oder Car Sharing Termine wahrnehmen. Dabei kommen sie auch mit dem Bürger besser in Kontakt und erkennen selbst Handlungsbedarfe in der Kommune.

In der Stadtverwaltung sollte es, aufgrund von klimaschädlichen Transportwegen, keine Südfrüchte mehr geben. Stattdessen können saisonale und regionale Produkte angeboten werden. Das stärkt auch die lokale Landwirtschaft.

Die Schüler von Fridays for Future fordern Klimaschutz ein und zeigen durch ihre Freitagsdemos, dass sie sich gesellschaftlich engagieren möchten. Folgende Aktivitäten sind nach dem regulären Schulunterricht möglich. Ein Unterrichtsausfall findet dabei nicht statt, da es ein Recht auf Bildung gibt und Anwesenheitspflicht in der Schule:

» Klassenfahrten finden innerhalb Deutschlands statt (z. B. in Form einer Abschlussfahrt nach Berlin oder München statt ans Mittelmeer). Die Fahrten können mit öffentlichen Verkehrsmitteln stattfinden – und bevor man in die Ferne reist, kann man die eigene Geschichte und Kultur näher bringen.

» Am Schulkiosk und in der Kantine gibt es keine Produkte mehr, die in Plastik eingeschweißt sind (Vermeidung von Verpackungsmüll und Mikroplastik); ebenso wenig wie Südfrüchte. Stattdessen können saisonale und regionale Produkte angeboten werden. Auch das stärkt die lokale Landwirtschaft.

» Zusammen mit dem Förster Bäume nachpflanzen (Wald als grüne Lunge). Dabei kann vermittelt werden, wie die heimische Natur beschaffen ist und warum Monokulturen zu Problemen führen.

» Schulgärten anlegen und deren Pflege als AG anbieten.

» Insektenhotels, Igelunterschlüpfe und Nistkästen bauen und in der Natur platzieren. Die Population von Vögeln und Insekten wird durch Windräder dezimiert und kann so in Ansätzen wieder aufgebaut werden.

» Wildblumenwiesen im öffentlichen Raum pflanzen, um Insekten Nahrung zu geben.

» Müllsammelaktionen am Ort und im Wald durchführen.

Durch diese klaren Initiativen wird Naturschutz konkret gelebt und auch die Identifikation mit der Region und der Natur, in der man lebt, erhöht.

6 Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Die Mobilität ihrer Bürger zu gewährleisten, gehört mit zu den ersten Pflichten einer jeden Kommune. Doch wenn es um infrastrukturelle Fragen geht, hat unsere Stadt noch gewaltigen Nachholbedarf. Seien es unkluge Verkehrsplanungen, mobilitätseinschränkende und teils wirtschaftlich schädliche Baustellen oder ungeklärte Fragen der Stadtplanung – in diesen Dingen sind die Bielefelder „leidgeprüft". Umso wichtiger ist es, Alternativen aufzuzeigen, die diesen Missständen dauerhaft entgegentreten – und dies, ohne dabei die Bürger unserer Stadt zu übergehen oder zu bevormunden.

In den Bereichen Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr treten wir daher für folgende Positionen ein:

Für mehr direkte Demokratie in der Stadtgestaltung **6.1**

Besonders umfassende und tiefgreifende Maßnahmen der Stadtgestaltung müssen aus unserer Sicht immer direkt-demokratisch, also durch Bürgerentscheide legitimiert werden und dürfen nicht über die Köpfe der Bürger hinweg erfolgen. In den Stadtbezirken sind regelmäßige Bürgerforen zu etwaigen Veränderungs- und Verbesserungswünschen hinsichtlich der Stadtgestaltung und Stadtentwicklung vor Ort abzuhalten. Bürgerinitiativen, die sich gegen Baumaßnahmen welcher Art auch immer wenden, sind von der Kommunalpolitik ernst zu nehmen und dürfen in ihren Anliegen nicht ignoriert werden.

Stadtentwicklungspolitik ist immer auch Sicherheitspolitik **6.2**

Belastete Punkte wie Kesselbrink, „Tüte", Treppenstraße und Oberlohmannshof dürfen nicht weiter zu Angsträumen, Kriminalitätsschwerpunkten und Drogenumschlagsplätzen verkommen bzw. dies nicht bleiben. Dem wollen wir entgegenwirken und verweisen hier auf unsere Vorschläge zur Erhöhung der Sicherheit auf den Seiten 6 bis 7 dieses Wahlprogramms.

Für ein kinderfreundliches Bielefeld **6.3**

Bielefeld muss eine Stadt sein, die gerade auch für Familien attraktiv und lebenswert ist. Kinderfreundlichkeit darf in der Stadtplanung und in der Bielefelder Infrastruktur- und Verkehrspolitik kein Fremdwort sein. Grünzüge und Parkanlagen sollten besser gepflegt und weiter ausgebaut werden. Mittelfristig sollten größere Busse angeschafft werden – gerade

auch mit Blick auf den darin vorhandenen Platz für Kinderwagen; ebenso wie für Rollatoren und Rollstuhlfahrer. Entsprechende Neuanschaffungen ließen sich etwa mit der Installation eines O-Bus-Systems verbinden.

6.4 Freizeitangebote erhalten und ausbauen

Wir setzen uns für die Bewahrung, die Pflege und den Ausbau von Freizeitangeboten, gerade auch von Hallen- und Freibädern, ein. Diese sind, mit Blick auf die Gesundheit älterer Menschen ebenso wie auch als Elemente eines jugend- und kinderfreundlichen Bielefelds, unverzichtbare Bestandteile einer städtischen Infrastruktur.

6.5 Barrierefreiheit gewährleisten

Maßnahmen der Stadtgestaltung müssen die Erfordernisse der Barrierefreiheit und der Behindertengerechtigkeit hinreichend berücksichtigen. Wir erwarten die vollumfängliche Beteiligung des Behindertenbeirates an der Stadtgestaltung, um dies sicherzustellen. Barrierefreie Zugänge zum öffentlichen Nahverkehr sind weiterhin auszubauen.

6.6 ÖPNV ausbauen

Wir sehen den öffentlichen Personennahverkehr als solchen positiv und befürworten grundsätzlich dessen Ausbau. Insbesondere Bielefelds Stadtbahn hat sich hier bislang als vorbildliches ÖPNV-System erwiesen, gerade auch im Vergleich zu anderen Städten.

6.7 ÖPNV-Tarife vereinfachen, Fahrpreise senken

Die AfD steht für ein modernes Mobilitätskonzept, bei dem sich der Individualverkehr und der öffentliche Personennahverkehr sinnvoll ergänzen. Viele Berufspendler, aber auch Senioren und Jugendliche sind in besonderem Maße auf den ÖPNV angewiesen. Im Interesse aller Nutzer des ÖPNV fordern wir eine Reduzierung und Vereinfachung des Tarifsystems für Busse und Bahnen und eine spürbare Senkung der Fahrpreise.

6.8 Straßenbaubeiträge abschaffen

Straßenbaubeiträge sind sozial ungerecht, da bei der Erhebung keine Rücksicht auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der betroffenen Bürger genommen wird. Die Bürger haben auch keine Möglichkeit, auf die Höhe der Baukosten Einfluss zu nehmen. Hohe Sanierungskosten entstehen oft dadurch, dass notwendige Reparaturen im Rahmen von Unterhaltsmaßnahmen unterlassen wurden. Dies darf nicht zu Lasten der Bürger gehen.

Wir wollen die Innenstadt wieder attraktiver machen 6.9

Uns ist die Bedeutung einer attraktiven Innenstadt bewusst. Wir stehen den lokalen Einzelhändlern zur Seite und wollen die Angebotsvielfalt erhöhen und auf finanzielle Entlastung von Geschäften und Einzelhandel hinwirken, etwa in Form von steuerlichen Anreizen und mit Blick auf Mietpreise. Die Innenstadt soll – ebenso wie auch die Nebenzentren – für und mit neuen Geschäften attraktiver werden. Zudem setzen wir uns für mehr öffentliche WCs in der Innenstadt ein.

Verbesserungen im Radverkehr 6.10

Wir wollen ein fahrradfreundlicheres und auch für Radfahrer sicheres Bielefeld. Um die Kombination von Radverkehr und ÖPNV attraktiver und sicherer zu machen, werden wir Maßnahmen wie den Bau von gesicherten Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an zentralen Haltestellen und Bahnhöfen *(in Form z. B. von Boxen oder eingezäunten Bereichen mit Zugangscode)* und den Ausbau und die Instandhaltung des Fahrradwegenetzes *(inklusive des Baus von Radschnellwegen)* unterstützen.

Für eine intelligente, zukunftsorientierte und digitale Verkehrsplanung 6.11

Wir fordern etwas, was bislang in unserer Stadt alles andere als selbstverständlich ist: Eine intelligente, zukunftsorientierte und digitale Verkehrsplanung – inklusive Monitoring und Evaluation der Auswirkungen der bisherigen Einzelmaßnahmen und des Fahrverhaltens. Nötig ist ein sorgfältiger Interessensausgleich zwischen Einzelhandel, Autofahrern, Passanten und den Erfordernissen des Stadtbilds. Das bisher vollständig vernachlässigte Park-and-Ride-System muss durch großzügige und kostengünstige Parkmöglichkeiten an den Endstationen der Stadtbahn ausgebaut werden, um die Attraktivität Bielefelds als Einkaufsstadt zu steigern. All dies setzt jedoch einen grundlegenden Neustart in der Verkehrsplanung seitens der Stadtverwaltung voraus, der nur mit der AfD zu haben ist.

Kein Rückbau der B68 6.12

Den zweispurigen Rückbau der Umgehungsstraße mit jeweils unverhältnismäßig breitem Fuß- und Radweg lehnen wir ab.

6.13 Sicherer Jahnplatz mit fließendem Verkehr

Wir wollen den Individualverkehr auf dem Jahnplatz weiter erhalten. Wir fordern die Wiedereröffnung der Abbiegemöglichkeit Richtung Rathaus/ Landgericht.

6.14 Keine Dieselfahrverbote

Für zugelassene Kraftfahrzeuge muss es Bestandschutz geben. Wir sind gegen eine Zwangsenteignung von Autobesitzern. Ein Rechtsstaat muss seinen Bürgern Vertrauensschutz garantieren. Dieselfahrverbote für einzelne Straßen sind ökologisch unsinnig, weil sie zumeist eine weitere Umfahrung und damit eine insgesamt höhere Umweltbelastung zur Folge haben.

6.15 Keine übereilte Anschaffung von teuren E-Bussen im ÖPNV

Wir stehen für effiziente Umweltpolitik: Auf E-Mobilität mit Elektrobussen soll im ÖPNV so lange verzichtet werden, bis diese Fahrzeuge bezüglich Ökologie, Kosten und Zuverlässigkeit wettbewerbsfähig zu Bussen mit den modernsten Verbrennungsmotoren sind. Die ein gesparten Finanzmittel sehen wir bei der Neuanschaffung modernster, sauberer Busse mit Verbrennungsmotoren als sinnvoller eingesetzt an. Die Installation eines – andernorts und früher durchaus bewährten und ökologisch nachhaltigen – Oberleitungsbus-Systems (O-Bus) sollte geprüft werden.

6.16 Wir brauchen ein Sicherheitskonzept für Cityroller

Die neuen, sogenannten Cityroller dominieren mittlerweile (nicht nur) in Bielefeld das Stadtbild. Auffällig ist jedoch, dass Sicherheitserwägungen dabei bisher zu kurz kommen: Helme tragen die Nutzer selten, das Verletzungsrisiko bei Unfällen ist hoch, die Fahrweise zuweilen übermütig. Geparkt wird nicht selten so, dass Bürgersteige ganz oder teilweise blockiert werden. Hier besteht kommunalpolitischer Regelungsbedarf.

6.17 Ja zum Campus-Ausbau, aber bitte effizienter

Wir befürworten die Schaffung der Medizinischen Fakultät der Uni Bielefeld und den Campus-Ausbau, fordern aber auch eine effektivere und zügigere Umsetzung der Baumaßnahmen. Das Großprojekt darf nicht zu einer Bielefelder Version von „BER“ mutieren.

Mehr qualitativ hochwertigen Wohnraum schaffen **6.18**

Wir wollen mehr qualitativ hochwertigen Wohnraum schaffen, besonders mit Blick auf die Campus-Entwicklung und (nicht nur, aber auch) auf Studenten. Wir setzen uns für maximal dreigeschossige Gebäude ein und wollen damit eine architektonische Rücksichtnahme auf den umliegenden Baustil gewährleisten. Wir wollen keine Trabantenstadt!

Vision: Eine Seilbahn für Bielefeld **6.19**

Bielefeld als Großstadt im Teutoburger Wald hat das Potenzial zur Touristenstadt: Wir setzen uns dafür ein, den Bau einer Seilbahn zu prüfen, die Johannisberg und Sparrenburg (alternativ: Kunsthalle und Sparrenburg) miteinander verbindet und uns, ähnlich der Schwebebahn in Wuppertal, eine Touristenattraktion schafft.

Fernziel: Sponsoren für ein neues Stadion gewinnen **6.20**

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt langfristig Sponsoren für ein neues Bundesliga-Stadion anwirbt – nicht nur, aber auch mit Blick darauf, dass man ein solches dann an einem Ort errichten könnte, der dafür geeigneter ist als der des bisherigen Stadions.

7 Schule, Kultur und Sport

Wir stehen für eine konservative Bildungspolitik: Die Bewahrung bzw. Wiederherstellung des klassischen dreigliedrigen Schulsystems, der Erhalt der Förderschulen und die Bekämpfung von Gewaltbereitschaft in den Schulen sind unsere Kernforderungen, die sich auch in der kommunalpolitischen Praxis niederschlagen.

Eng verquickt mit dem Thema Bildung ist die Kulturpolitik, die für uns eine sehr wichtige ideelle Komponente hat: Kultur ist für uns das Fundament unserer nationalen, regionalen und lokalen Identität. Eine reichhaltige Kulturlandschaft bzw. ein entsprechendes kulturelles Angebot macht Bielefeld für Bürger und auch Zugezogene attraktiver und ist daher zu fördern.

Zu einem reichhaltigen kulturellen Leben und zu umfassender Bildung gehört auch der Sport: Wir wollen den Sport in unserer Stadt fördern, weil er sowohl für die Gesundheit als auch für das soziale Lernen eine essenzielle Grundlage bildet. Sport ist die größte Bürgerbewegung – er fördert den Zusammenhalt, das Gemeinschaftsgefühl und die Integration und stärkt dadurch unsere Gesellschaft. Für die AfD sind die Förderung und der Ausbau des Breiten-, des Behinderten- und des Gesundheitssports genauso wichtig wie der Spitzensport.

Lesen Sie hier nun unsere Positionen für die Felder Schule, Kultur und Sport:

Dreigliedriges Schulsystem erhalten 7.1

Wir stehen für das klassische dreigliedrige Schulsystem mit Gymnasium, Realschule und Hauptschule. Es darf keine Benachteiligungen von klassischen Schulformen geben. Unausgegorene Experimente wie die Sekundarschule lehnen wir ab. Nur ein gegliedertes Schulsystem garantiert allen Schülern mit oder ohne Förderbedarf optimale Bildungschancen. Deshalb müssen angemessene finanzielle Mittel für den Erhalt aller Schultypen bereitgestellt werden. Die Realschule als bei Eltern und Schülern beliebte und erfolgreiche Schulform muss gestärkt und ihr Ausbau durch Anpassung an die Nachfrage und durch Bereitstellung von Fördermitteln forciert werden.

Das Abitur muss in unserem Lande wieder etwas wert werden. Wir wenden uns gegen Abitur-Inflation und die Entwertung des Gymnasiums durch andere Schulformen mit Oberstufenangebot.

7.2 Förderschulen erhalten

Die unrealistischen Vorstellungen der sogenannten schulischen Inklusion (die eigentlich langfristig auf Exklusion hinausläuft) und des sogenannten gemeinsamen Lernens lehnen wir ab. Wir wollen Förderschulen erhalten. Nur so kann den Bedürfnissen aller Schüler mit und ohne Förderbedarf am besten entsprochen werden. Gleichmacherei im Schulwesen schadet behinderten wie nicht-behinderten Schülern gleichermaßen und überlastet das Lehrpersonal.

7.3 Keine weitere Privatisierung des Schulsystems

Eine weitere (wenn auch nur Teil-)Privatisierung des Schulsystems, wie sie infolge der linken Pläne hin zur gleichmacherischen Einheitsschule unweigerlich einträte, da die Eliten ihre Kinder fortan auf Privatschulen schicken würden, lehnen wir ab. Wir wollen das staatliche Schulsystem erhalten und seine Qualität wiederherstellen.

7.4 Qualität des Regelunterrichts sicherherstellen

Die Folgen der Grenzöffnung ab 2015 dürfen nicht dazu führen, dass die Qualität des Regelunterrichts leidet. Schulische Standards dürfen nicht infolge der Asylmigration aufgeweicht werden. Vom Steuerzahler bezahlte Bereitstellung muttersprachlichen Unterrichts für Migranten in Schulen lehnen wir ab.

7.5 Förderung der Digitalisierung der Schulen

Digitalisierung kann den klassischen Unterricht nicht ersetzen, jedoch unterstützen. Dafür muss es an jeder Schule eine Breitband-Internetanbindung und in den Klassenzimmern eine Mindestausstattung mit PC, Dokumentenkamera und Beamer geben. Die personelle Unterstützung der Schulen bei der Einrichtung, Wartung und Pflege der digitalen Medien muss durch den Schulträger gewährleistet werden.

7.6 Disziplinlosigkeit und Gewaltbereitschaft entgegentreten

Disziplinlosigkeit und eine zunehmende Gewaltbereitschaft an unseren Schulen (wie auch teilweise bereits in Kindertagesstätten) erschweren zunehmend einen ordnungsgemäßen Unterricht. Lehrer und betriebliche Ausbilder beklagen zum Teil massive Erziehungsdefizite. Vielfältige soziale Probleme und ungeregelte Migration verschärfen diese Entwicklung.

Um diesem gesellschaftlichen Problem zu begegnen, fordert die AfD den systematischen Ausbau der Schulsozialarbeit.

Offener Ganztag ja, verpflichtender Ganztag nein **7.7**

Viele Eltern sind zu zweit berufstätig, so dass nicht alle Kinder den Vorteil einer Betreuung in der Familie genießen. Offene Ganztagsschulen mit einem guten Konzept und mit qualifiziertem Fachpersonal können eine sinnvolle Ergänzung zur familiären Betreuung sein. Ein solches Angebot darf jedoch niemals für alle Schüler einer Schule verpflichtend sein. Primäre Sozialisationsinstanz für Kinder ist und bleibt die Familie.

Und: Es gilt auch hier das Konnexitätsprinzip. Wenn das Land die Ganztagsschule will, muss es sie auch ausreichend finanzieren – und darf die entsprechenden Lasten nicht auf die Kommunen abladen.

Wohnortnahe Grundschulen erhalten **7.8**

Wir befürworten den Erhalt wohnortnaher Grundschulen und lehnen die Schließungen sogenannter „Zwergschulen", wie sie in den vergangenen Jahren seitens der Stadt Bielefeld praktiziert wurde, ab. Wir wollen einen möglichst geschützten und gut erreichbaren Raum des Lernens für unsere Grundschüler erhalten und bewahren.

Kooperationen und Weiterbildung fördern **7.9**

Wir wollen Kooperationen zwischen Schulen und Berufsschulen sowie zwischen Schulen und Betrieben fördern und erleichtern, um die Schüler bei ihrer Berufsfindung zu unterstützen. Auch eine Kommune kann auf diesem Wege mit dazu beitragen, Schülern berufliche Orientierung zu bieten. Weiterbildungsmaßnahmen müssen auch kommunal unterstützt werden (solange eine Zweckentfremdung von Geldern für die Weiterbildung ausgeschlossen wird).

Und: Auch Besuche von wichtigen außerschulischen Lernorten wie Sportstätten und Freibädern gilt es besser zu fördern.

Schulgebäude nicht verwahrlosen lassen **7.10**

Wir wollen eine bessere Bestandsaufnahme zum Zustand von Schulgebäuden, um hier gegebenenfalls frühzeitige Sanierungsmaßnahmen einleiten zu können. Unsere Schüler sollen in einem angenehmen Ambiente lernen können.

7.11 Schulen nicht alleine lassen

Schulen dürfen von Behörden, von Staat und Kommune, nicht unter dem Etikett der „selbstständigen Schule“ allein gelassen werden. Der Staat hat gegenüber Schulen eine Aufsichtsfunktion. Diese wiederum müssen sich auf die sie tragenden öffentlichen Institutionen verlassen können.

7.12 Keine Privatisierungen im Kulturbereich

Privatisierungen der Kulturlandschaft lehnen wir ab: Was künstlerisch wertvoll ist, ist nicht immer das, was am meisten Gewinn bringt. Die Kommune muss zuweilen auch für kulturelle Angebote einstehen, die sich nicht „auf dem Markt rentieren“. Qualität ist nicht immer massenkompatibel.

7.13 Bewahrung und Förderung der heimatlichen Kultur, der Brauchtumspflege und der lokalen Traditionen.

Das regionale Brauchtum hat oft über Jahrhunderte unsere Region geprägt und ist somit wesentlicher Bestandteil des Heimatgefühls. Auch traditionelle Namen und Bezeichnungen sind Bestandteil der regionalen Kultur und müssen erhalten bleiben. Die Heimatkultur und jene, die sie pflegen, wie etwa Heimatvereine, stellen einen unschätzbaren Wert für die Identifikation mit unserer Stadt und unserer Region dar. Diese Werte will die AfD bewahren und fördern, damit wir sie an künftige Generationen weitergeben können. Deutschland muss als vielfältige Kulturnation erhalten bleiben.

7.14 Erhalt und Ausbau öffentlicher Büchereien als Stätten der Bildung fördern.

Öffentliche Büchereien sollen den Spaß am Lesen wecken und fördern, indem sie Freizeitgestaltung und Fortbildung für jeden Bürger bieten. Um als Stätte der Bildung wirken zu können, müssen sie sich mit einem zeitgemäßen Angebot präsentieren. Ein gut gestalteter Online-Katalog und ein Online-Versand sowie die Kooperation mit Schulen erschließt ein Bildungspotenzial, das sich ökonomisch wie sozial auszahlt.

7.15 Förderung der Musikschule

Musik ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Kultur. Die musikalische Bildung und das Musizieren wirken sich positiv auf die Entwicklung von Kindern aus. Die musikalische Früherziehung erfolgt am besten in den Musikschulen. Wir setzen uns für bezahlbare Teilnahmegebühren an der Musikschule ein, damit allen Kindern und Erwachsenen der Zugang dorthin offen steht.

Förderung der Volkshochschule **7.16**

Wir wollen die Volkshochschule (VHS) als Einrichtung der kulturellen Bildung fördern und unterstützen und auch hier mehr Kooperationen mit den Schulen ermöglichen. Die VHS darf jedoch nicht für einseitige politische Zwecke und politische Indoktrination missbraucht werden.

Dortige Weiterbildungsmaßnahmen für Migranten sind zudem einer besseren staatlichen und kommunalen (Qualitäts-)Kontrolle zu unterziehen.

Förderung der Museen-Landschaft und der Kunsthalle **7.17**

Die Museen in unserer Stadt sowie die Kunsthalle sind wesentliche Einrichtungen der Vermittlung kulturellen Lebens, kultureller Identität und kultureller Geschichte. Auch sie gilt es zu fördern. Kooperationen mit Schulen sind von städtischer Seite aus zu unterstützen.

Nachwuchs-Kulturschaffende unterstützen **7.18**

Die Jugendkultur darf im Rahmen kommunalpolitischer Erwägungen nicht zu kurz kommen. Wir wollen Nachwuchs-Kulturschaffende unterstützen *(beispielsweise in Form der Bereitstellung von Proberäumen für junge Bands und vielem mehr)*. Auch wollen wir Konzerte und Festivals in Bielefeld ermöglichen und fördern. Dies darf jedoch nicht zu einseitiger Politisierung (wie z. B. in Form von Konzerten „gegen rechts“) genutzt werden.

Sparrenburg schützen und pflegen **7.19**

Die Sparrenburg ist das Wahrzeichen unserer Stadt. Sie und ihr historisches Erbe gilt es zu pflegen und zu bewahren.

Sportvereine unterstützen, Ehrenamt stärken **7.20**

Wir wollen Sportvereine auch kommunal unterstützen und die Kooperation der Stadt mit Sportvereinen und Sportbetrieben verbessern. Die als ehrenamtliche Trainer, Übungsleiter, Betreuer, Kampf- oder Schiedsrichter im Sport tätigen Bürger sind ein unschätzbarer Wert für unsere Gesellschaft. Daher fordert die AfD eine höhere Wertschätzung und bessere Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit.

Wir wollen in diesem Zusammenhang auch das Bewusstsein für herrschende Integrationsprobleme und Missstände im Mannschaftssport und insbesondere im Fußball stärken und fordern die Durchsetzung von Recht und Ordnung auch in diesen Bereichen.

7.21 Sportangebote auch im Rahmen der Kinderbetreuung
Wir befürworten Sportangebote auch in Einrichtungen der Kinderbetreuung, um die Kinder schon frühzeitig mit sportlicher Betätigung vertraut zu machen und damit ihre Chancen auf ein gesundes Leben zu steigern.

7.22 Ausbau von Sportstätten vorantreiben
Wir wollen den Ausbau von Sportstätten in Bielefeld vorantreiben. Gebühren für Sportstättennutzung setzen ein falsches Signal – wir lehnen sie daher grundsätzlich ab.

7.23 Kapazitäten der Schwimmbäder erhöhen
Wir wollen die Kapazitäten der Bielefelder Schwimmbäder erhöhen und hier gegebenenfalls Sanierungsmaßnahmen in die Wege leiten.

7.24 Alle Schüler müssen bis zum Ende ihrer Grundschulzeit schwimmen lernen
Schwimmunterricht darf nicht aus organisatorischen oder gar religiösen Gründen vom Lehrplan der Schulen gestrichen werden. Schwimmunterricht muss für alle Kinder fester Bestandteil des Grundschulsports sein. Sportpädagogisches Ziel muss es sein, dass alle Schüler bis zum Ende ihrer Grundschulzeit schwimmen können.

7.25 Mehr Sportveranstaltungen in Bielefeld
Sportveranstaltungen stärken die gemeinsame kommunale Identität. Wir wollen mehr Sportveranstaltungen in Bielefeld ermöglichen (wie z. B. einen Stadtmarathon). Erfolgreiche regelmäßige Veranstaltungen wie etwa den Run & Roll Day gilt es fortzuführen.

7.26 Wertschätzung für den Profisport
Wir wissen um die positive und konstruktive Funktion auch des Profisports für unsere Stadtgesellschaft, die sich in Arbeitsplätzen und Fan- und Vereinskultur zeigt und unsere Stadt auch überregional bekannter macht.

Impressum

AfD-Kreisverband Bielefeld

Herausgeber:
AfD Kreisverband Bielefeld
Postfach 10 04 09
33504 Bielefeld

Mail: kontakt@afd-bielefeld.de
Internet: www.afd-bielefeld.de

V.i.S.d.P.:
Florian Sander

Erstauflage:
Juni 2020

Bildnachweise:
Alle Fotos und Grafiken sind Eigentum des AfD-Kreisverbands Bielefeld. Alle Rechte vorbehalten.
Für Grafiken und Fotos externer Urheber gelten deren jeweilige Lizenzfreigaben und Bestimmungen.

Rechtliche Hinweise
Der Nachdruck, die Aufnahme in Online-Dienste und Internet sowie die Vervielfältigung auf Datenträgern wie CD-ROM, DVD-ROM etc. betreffend Fotos, Grafiken/ Illustrationen und Texte – auch nur auszugsweise – bedarf der zuvor schriftlich eingeholten Zustimmung des Herausgebers. Im Rahmen der digitalen Ausgabe können auch Internetinhalte anderer Anbieter bereitgestellt werden. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der verlinkten Webseite verantwortlich. Wir haben deren Inhalt im gesetzlich gebotenen Rahmen überprüft. Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. verlinkten Seiten tragen allein die dort genannten Personen.